

Berichte

Nachhaltige Strukturpolitik statt Absichtserklärungen

„Notstand Weiterbildung“ ist das Thema der neuen Ausgabe (03.01.2009) des Onlinemagazins Denk-doch-mal. Grundlage ist die von der „Initiative Bundesregelungen“ vorgelegte Stellungnahme.

Diese hat zu Beginn des Jahres 2000 erstmals ihre Vorschläge zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Weiterbildungssystems in Deutschland vorgestellt, um die immer deutlicher werdende Lücke zwischen den wachsenden Weiterbildungsanforderungen und der Weiterbildungsrealität zu schließen. Acht Jahre später, nach zwei nicht eingelösten Koalitionsvereinbarungen zum Ausbau der Weiterbildung sowie einer bildungsfeindlichen Föderalismusreform, stellt die Initiative fest, dass Deutschland im internationalen Vergleich weiter eine nachrangige Position einnimmt: Weiterbildung verschärft die soziale Selektion. Das System ist finanziell und konzeptionell nicht zukunftsfähig und wird zur Innovations- und Wachstumsbremse.

Die gewerkschaftliche Initiative hat sich aus diesen Gründen erneut zu Wort gemeldet. Sie fordert die Bundesregierung und den deutschen Bundestag auf, Bundesregelungen für die Entwicklung eines leistungsfähigen Weiterbildungssystems zu beschließen.

Die Weiterbildung sei ein Paradebeispiel dafür, welche Konsequenzen für Teilnehmende und Gesellschaft entstehen, wenn ein Bildungsbereich immer mehr auf den Markt gebracht wird. Für die AutorInnen befindet sich das deut-

sche Weiterbildungssystem in der Krise. Die Krise sei zugleich eine Folge des „Staatsversagens“ in der Weiterbildungspolitik.

„Es ist ein entscheidendes Versäumnis der Bildungspolitik der letzten 25 Jahre, dass öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung nicht ausgebaut und umgesetzt wurde. Mit dem Hinweis auf die Steuerungskräfte von Markt, Pluralität und Subsidiarität wurde stattdessen auf Deregulierung gesetzt und es wurden die Strukturdefizite billigend in Kauf genommen“.

Information: www.denk-doch-mal.de/node/156

Peter Faulstich

Öffentliche Gesamtverantwortung für Weiterbildung – Kann ein Bundesgesetz die Bedingungen für Interessenten und Teilnehmer tatsächlich verbessern?

Prof. Dr. Peter Faulstich, Universität Hamburg, und Prof. Dr. Dieter Gnahn, DIE Bonn sowie Universität Essen/Duisburg, plädieren für die öffentliche Gesamtverantwortung für Weiterbildung.

Eine nach dem Marktmodell funktionierende Regulation der Weiterbildung führt aufgrund von nicht zurechenbaren Erträgen und Kosten und unabsehbaren externen Effekten zu problematischen Defiziten. Weiterbildung ist insofern „kollektives Gut“, als Nutznießer sowohl die Lernenden, als auch beschäftigende Unternehmen wie der Staat sein können. Die Nutzenzuweisung ist unklar und führt deshalb zu einer Risikovermeidung bezogen auf Bildungsinvestitionen. Schon modelltheoretisch – von der Empirie noch ganz abgesehen – resultiert aus den isolierten Kalkülen einzelner Akteure ein Marktversagen und eine Unterversorgung mit Lernmöglichkeiten. Zwingend ergibt sich die Notwendigkeit

öffentlicher Sicherstellung von Ressourcen für Bildung...

Insgesamt liefern Rahmenregelungen für die Weiterbildung die Chance für eine Verbesserung der Situation der Teilnehmenden und Nachfragenden. Nicht passieren darf dabei allerdings eine Anpassung nach unten, indem zum Beispiel hinter Länder- oder Branchenregelungen zurückgegangen wird.

Man muss sich außerdem vor der Illusion hüten, durch Gesetze und Verordnungen sei alles zu klären. Es wird aber eine Arena definiert und die Spielregeln der Akteure werden verbindlich festgelegt. Damit entstehen neue Entwicklungshorizonte und -perspektiven, welche aufbauende, weitere Schritte ermöglichen, um „lebensentfaltende Bildung“ zu verwirklichen.

Information: www.denk-doch-mal.de/node/156

2008 noch positives Geschäftsklima in der Weiterbildungsbranche

Die Erwartungen der Weiterbildungsanbieter an die Entwicklung im kommenden Jahr wren 2008 gut. In der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) vorgelegten bundesweiten Umfrage erwies sich die Stimmungslage bezogen auf den wbmotor Klimaindex als positiv.

Für den Klimaindex werden jeweils die prozentuierten Differenzen von positiven und negativen Urteilen zur gegenwärtigen Lage bzw. zur zukünftigen Erwartung gebildet und entsprechend der im Jahr 2007 erteilten Unterrichtsstunden gewichtet. Der Klimawert wird als geometrisches Mittel aus diesen Salden errechnet. Er kann zwischen -100 und +100 schwanken; höhere Werte stehen für eine bessere Stimmungslage. In der

Umfrage Mai 2008 lag der Gesamtindex bei + 42,4.

Es wird spannend sein, auf Basis der folgenden Umfrage vom Mai 2009 Aussagen darüber zu finden, ob sich trotz der Rezession das gute wirtschaftliche Klima in der Weiterbildungsbranche halten konnte. Es kann sein, dass der Wirtschaftsabschwung auf die Weiterbildung durchschlägt; es ist aber auch möglich, dass in den Betrieben eine Gegensteuerung greift durch die Nutzung von Kurzarbeit zur Weiterbildung.

pf

Krisenzeiten für Weiterbildung nutzen

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat die Einbeziehung der Weiterbildungseinrichtungen in das Konjunkturpaket der Bundesregierung gefordert.

Gleichzeitig regt der bap an, bei anfallender Kurzarbeit die frei werdende Zeit als Lernzeit auch für Angebote der allgemeinen und politischen Weiterbildung zu nutzen. „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen wir in Köpfe und Gebäude gleichermaßen investieren“, so Theo W. Länge, Vorsitzender des bap, dem Zusammenschluss von 30 bundesweit arbeitenden Trägerverbänden und Organisationen der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. „Wenn die Politik es ernst meint mit dem Anspruch, Deutschland müsse ‚Bildungsrepublik‘ werden, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, dann muss sie nun entsprechend handeln.“

Meist allerdings ist der Blick dabei verengt auf die Bereiche Schule und Hochschule, notwendige Investitionen in Weiterbildungseinrichtungen bleiben aus. „Wer Lebenslanges Lernen fordert, muss auch in Weiterbildung investieren, und zwar sowohl in Infrastruktur wie auch in Inhalte“. Gebäude und Ausstattung von

Weiterbildungseinrichtungen seien vielfach dringend sanierungs- und modernisierungsbedürftig und dürften vom Konjunkturpaket nicht ausgeschlossen werden.

Weiterhin sollen Ausfallzeiten, bedingt etwa durch Kurzarbeit, von Betrieben aber auch jedem Einzelnen mit Weiterbildungsmaßnahmen sinnvoll genutzt werden. Eine Engführung rein auf die berufliche Weiterbildung lehnt der bap

ab. Die angekündigten Sonderprogramme sollen neben der beruflichen auch die Förderung der allgemeinen und politischen Weiterbildung umfassen. Gerade Maßnahmen in diesen Bereichen tragen zum Erwerb gesellschaftlicher Kompetenzen bei.

Die wachsende Legitimationskrise des ökonomischen und politischen Systems macht eine Orientierung notwendig, die neue Perspektiven eröffnet.

pf